

**Antrag 279/I/2025****KDV Lichtenberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion (Konsens)****Kein Bühne für Shen Yun in staatlich geförderten Kulturstätten Berlins**

1 Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass staatlich geförder-  
 2 te Kulturstätten in Berlin keine Gastspiele der Organisati-  
 3 on Shen Yun mehr zulassen, sofern diese nicht grundle-  
 4 gende demokratische und menschenrechtliche Mindest-  
 5 kriterien erfüllen. Kulturelle Veranstaltungen in staatlich  
 6 geförderten Häusern müssen transparent sein und dür-  
 7 fen keine problematischen ideologischen Strukturen un-  
 8 terstützen. Daher fordern wir die zuständigen Behörden  
 9 und Einrichtungen auf, klare Mindestkriterien für Gast-  
 10 spiele in staatlich unterstützten Häusern festzulegen.

11

**Begründung**

12 Die Tanzgruppe Shen Yun tritt weltweit mit dem Anspruch  
 13 auf, traditionelle chinesische Kultur zu bewahren. In Wirk-  
 14 lichkeit ist Shen Yun jedoch eng mit der Bewegung Falun  
 15 Gong verbunden, die nicht nur eine umstrittene weltan-  
 16 schauliche Gruppierung darstellt, sondern auch für auto-  
 17 ritäre Strukturen, fragwürdige Ideologien und problema-  
 18 tische Arbeitsbedingungen bekannt ist.

19

20  
 21 Aktuelle Recherchen haben problematische Hintergründe  
 22 offenbart:

23

- 24 • Politische und religiöse Indoktrination: Die Auffüh-  
 25 rungen von Shen Yun enthalten nicht nur antikom-  
 26 munistische Botschaften, sondern auch apokalypti-  
 27 sche Heilslehren von Falun Gong, die auf Verschwö-  
 28 rungstheorien und pseudowissenschaftlichen Kon-  
 29 zepten basieren.
- 30 • Problematische Arbeitsbedingungen: Berichte und  
 31 Klagen ehemaliger Mitglieder belegen, dass Tän-  
 32 zer:innen unter restriktiven, sektenähnlichen Struk-  
 33 turen arbeiten müssen und systematischer Kontrol-  
 34 le unterliegen.
- 35 • Irreführende Werbung: Shen Yun wirbt mit einer  
 36 „reinen Kunstaufführung“, ohne auf die ideologi-  
 37 sche Ausrichtung hinzuweisen, sodass Besucher:in-  
 38 nen unwissentlich Teil einer politisch-religiösen  
 39 Agenda werden.

40

41 Staatlich geförderte Kulturstätten tragen Verantwortung  
 42 und sollten keine Plattform für Organisationen bieten,  
 43 die intransparent agieren oder menschenrechtliche Stan-  
 44 dards missachten.

45

46 Berlin steht für eine offene, demokratische und men-  
 47 schenrechtsorientierte Kulturpolitik – dies darf nicht  
 48 durch intransparente Strukturen unterwandert werden!